

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 797

Mittwoch, 31. Januar 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Im Präsidium des Kongresses kommen ehemalige politische Rivalen zusammen.....	1
Rückschau: CC beendet die kurze Zeit von Samuel Pérez als Kongresspräsident.....	3
Arévalo besucht das Büro des indigenen Bürgermeisters in Sololá.....	4
TSE erklärt die MLP für aufgelöst; ihre Logos dürfen 10 Jahre lang nicht verwendet werden.....	6
Droghändler zu 808 Jahren Gefängnis wegen Beteiligung an einem Massaker verurteilt.....	6

Im Präsidium des Kongresses kommen ehemalige politische Rivalen zusammen

Guatemala, 23. Januar – Das Präsidium des Kongresses für den Zeitraum 2024 - 2025 setzt sich aus verschiedenen politischen Akteuren zusammen, die sich während des Wahlkampfes gegen die neue Regierungspartei [SEMILLA, d.Red.] ausgesprochen hatten, aber durch Absprachen und Verhandlungen eine Kraft konsolidieren konnten, die ihnen die Präsidentschaft, die Vizepräsidentschaften und die Sekretariate des Kongresses sicherte.

Die befragten Analysten haben unterschiedliche Meinungen über die Zusammensetzung des Vorstands.

Roberto Alejos, ehemaliger Präsident der Legislative [*für UNE 2008-2011, 2011-2017 war er Abgeordneter von TODOS, d. Red.*], ist der Ansicht, dass dies eine Gelegenheit sei, die Richtung des Gremiums neu zu bestimmen. "Es geht nicht darum, ein Bündnis zwischen denselben Leuten zu schliessen, sondern darum, diejenigen zu retten, die auf der dunklen Seite waren, und sie auf die gute Seite zu bringen. Es ist eine grosse Chance für die Abgeordneten, die auf der dunklen Seite gearbeitet haben, sich zu rehabilitieren", sagte er. (...)

Alejandro Quinteros, ein unabhängiger politischer Analyst, spricht davon, dass sich "viele UNE-Akteur*innen beteiligt haben, die jetzt für SEMILLA stimmen. Letztlich sind sie aber dieselben wie früher, nur, dass sie sich nun eben inhaltlich neu aufstellen. Einige von ihnen wurden sogar von der öffentlichen Meinung und von SEMILLA-Mitgliedern selbst als korrupt bezeichnet", betonte er.

Die beiden Analysten sind sich einig, dass das neue Präsidium den Schwerpunkt auf Transparenz legen, die Türen der Legislative wieder öffnen und die "polizeiliche Belagerung" vermeiden sollte, die die beiden vorangegangenen Legislaturperioden kennzeichnete. Darüber hinaus sollte eine gründliche Verwaltungsanalyse durchgeführt werden, um «Phantomangestellte» und undurchsichtige Verträge aufzuspüren. Die grösste Herausforderung, so Alejos und Quinteros, wird jedoch darin bestehen, eine politische Agenda zwischen den 16 im Kongress vertretenen Blöcken zu vereinbaren.

Im Folgenden die Mitglieder des Präsidiums im Einzelnen:

Kongresspräsident: Nery Ramnos (AZUL)

Nery Ramos wurde von der Regierungspartei SEMILLA vorgeschlagen. In einem zweiten Wahlgang für das Präsidium erhielt er die Unterstützung von 115 Abgeordneten. Er war von 2015 bis 2018 Direktor des PNC und wurde vom damaligen Innenminister Enrique Degenhart während der Amtszeit von Präsident Jimmy Morales entlassen. In einem Interview mit dieser Zeitung im Jahr 2018 prangerte Ramos an, dass Degenhart eine Intrige gegen ihn fördere.

Bei den Wahlen 2019 kandidierte er für die Nationale Wohlfahrtspartei (BIEN) als Abgeordneter für Jutiapa, aber das Oberste Wahlgericht disqualifizierte ihn, weil er kein Girokonto hatte. Bei den Wahlen 2023 kandidierte er erneut, allerdings für die Partei AZUL.

Erster Vizepräsident: Darwin Lucas (UNE)

Darwin Lucas befindet sich in seiner zweiten Amtszeit als Abgeordneter der UNE des Bezirks Cahabón, Alta Verapaz.

Nach den Aufzeichnungen des sog. Legislativverzeichnisses ist er zusammen mit anderen Abgeordneten Berichterstatter für zwölf Gesetzesinitiativen.

Er war Mitglied der Ausschüsse für Wohnungswesen, Justizreform, Verteidigung, Inneres und Umwelt.

Er ist der erste Vizepräsident des Kongresses und wurde von Adim Maldonado von der UNE, dem ehemaligen Finanzier von Sandra Torres, vorgeschlagen, der diese Position nicht besetzen konnte, weil er dieses Jahr aus der Fraktion ausgeschlossen wurde, was ihn daran hinderte, erneut für das Präsidium zu kandidieren.

Zweiter Vizepräsident: César Amézquita (VIVA)

Für César Amézquita ist dies seine erste Legislaturperiode. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr kandidierte er mit der Partei Vision mit Werten (VIVA) auf dem zweiten Platz der Landesliste. Der Abgeordnete war Anwalt der Partei vor dem Obersten Wahlgerichtshof (TSE) und einer der Finanziers der Partei.

Im Jahr 2019 kandidierte er als Abgeordneter für den Bezirk Huehuetenango, erhielt aber nicht genügend Stimmen, um einen Sitz zu gewinnen. Nach Angaben der VIVA ist er einer der engsten Vertrauten des ehemaligen Abgeordneten und Präsidentschaftskandidaten Armando Castillo.

In einem Kommuniké kündigte die VIVA-Partei an, dass sie eine Allianz für Entwicklung unterstützen werde und betonte, dass sich ihre Ideologie nicht ändere, einschliesslich ihrer lebensbejahenden Haltung [*d.h. gegen Abtreibung, mutmassl. d. Red.*].

Dritter Vizepräsident: Nery Rodas (CABAL)

Nery Rodas ist der dritte Vizepräsident des Kongresspräsidiums. Vor der Wahl war er der Erste, der als Vertreter der CABAL-Fraktion für die Führung des Gremiums kandidierte.

Rodas ist kein Neuling in der Politik. Im Jahr 2012 wurde er als Abgeordneter für die Partei Engagement, Erneuerung und Ordnung (CREO) gewählt. Im gleichen Zeitraum wechselte er in die Reihen der Partei LIDER, die damals von dem inzwischen in den Vereinigten Staaten wegen Geldwäsche verurteilten Manuel Baldizón geführt wurde.

Rodas gewann 2015 mit LIDER einen Sitz im Stadtrat der Hauptstadt.

Bei den Wahlen 2019 wollte er mit der Partei Wohlergehen für die Bürger*innen (PC) in den Kongress zurückkehren, erhielt aber nicht die erforderlichen Stimmen.

Erste Sekretärin: Karina Paz (VOS)

Karina Paz ist die erste Sekretärin des Kongresses. Sie gehört der Partei Wille, Gelegenheit und Solidarität (VOS) an, die sich einer Dissidentenfraktion der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) angeschlossen hat.

Bei den Wahlen 2015 kandidierte sie als Abgeordnete für die UNE, erhielt jedoch nicht die erforderlichen Stimmen.

Bevor sie in die Legislative einzog, war sie in der Regierung von Präsident Otto Pérez Molina als Unterstaatssekretärin für besondere Angelegenheiten im Präsidialamt tätig.

Im Jahr 2016 wurde sie zur Leiterin der Abteilung für den Zugang zu öffentlichen Informationen der Legislative ernannt. Im Jahr 2017 übernahm sie das Amt der Abgeordneten und löste damit César Fajardo ab, gegen den wegen der Beschäftigung von Phantomangestellten ermittelt wurde. Sie gewann 2019 die Wiederwahl für die UNE und wurde vor dem Wahlprozess 2023 zur Gründerin der Partei VOS.

Zweites Sekretariat: Raúl Solórzano (UNE)

Raúl Solórzano ist der zweite Sitz der UNE im Kongressvorstand, er ist der zweite Sekretär. Solórzano gewann seine Wiederwahl als Vertreter des Distrikts Quiché. Er war Mitglied von 11 Arbeitskommissionen im Kongress. Bevor er in die Legislative eintrat, arbeitete er mehrere Amtszeiten lang mit dem ehemaligen Bürgermeister von Santa Cruz del Quiché, Quiché, Juan Francisco Pérez Reyes, zusammen, der dieses Amt von 2012 bis 2024 innehatte. Pérez konnte bei der letztjährigen Wahl nicht wiedergewählt werden.

In seinen vier Jahren als Abgeordneter hat Solórzano fünf Gesetzentwürfe vorgelegt. Der letzte stammt vom November 2022 und zielt darauf ab, dass der Staat die Preise für Super-, Normal- und Dieselpetrol subventioniert.

Dritter Sekretär: César Dávila (BIEN)

César Dávila ist ein Finanzier der Partei Nationalem Wohlergehen (BIEN), einer Gruppierung, mit der er zum ersten Mal in den Kongress kam. Jetzt ist er der dritte Sekretär im Präsidium. Dávila ist auch ein ehemaliger staatlicher Bauunternehmer. Bevor er in die Legislative einzog, war er Berater des ehemaligen Ministers für Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung, Mario Méndez Montenegro, während der Regierung der inzwischen aufgelösten Partei Front der Nationalen Konvergenz (FCN) [*unter Jimmy Morales, d.Red.*]. Dafür erhielt er ein Gehalt von über 20.000 Q (= 2.300 €) [*im Monat vermutet d.Red.*]

Bei den Wahlen 2023 kandidierte sein ehemaliger Chef mit der Partei VAMOS als Bürgermeister von Guatemala-Stadt. Zuvor war er als Zulieferer für den Staat tätig gewesen und hatte im Namen seiner Firma Constru-Servicios Aufträge in Höhe von 16,9 Mio. Q (= 1,943 Mio. €) erhalten.

Viertes Sekretariat: Juan Carlos Rivera (VICTORIA)

Juan Carlos Rivera war einer der Oppositionsabgeordneten in der vorherigen Legislaturperiode. Am vergangenen Freitag bestätigte ihn das Plenum des Kongresses als vierten Sekretär des Kongresspräsidiums. Er wurde mit der Partei

VICTORIA wiedergewählt, einer Gruppierung, mit der die Familie Rivera bereits in drei Wahlperioden angetreten ist. Rivera gewann sein erstes Mandat im Jahr 2008 mit der inzwischen aufgelösten Patriotischen Partei (PP) und 2011 mit der erwähnten politischen Familiengruppierung. Nach einer Pause kehrte er bei den Wahlen 2019 in die Legislative zurück, wiederum mit VICTORIA. Es ist nicht das erste Mal, dass er ein Amt im Kongresspräsidium bekleidet. Im Jahr 2011 wurde er zum zweiten Sekretär dieses Gremiums gewählt.

Fünfte Sekretärin: Sonia Gutiérrez (URNG-MAIZ)

Sonia Gutiérrez ist die zweite Frau im Verwaltungsrat und hat das fünfte Sekretariat inne. Sie gewann ihre erste Wiederwahl in den Kongress. In der neunten Legislaturperiode trat sie mit der Partei WINAQ an, doch bei den Parlamentswahlen 2023 tat sie dies in der Koalition mit URNG-MAIZ, für die sie als einzige Abgeordnete über die Nationale Liste gewählt wurde.

In der letzten Legislaturperiode konzentrierte sich Gutiérrez auf die Förderung von Gesetzesinitiativen zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung von Frauen und indigenen Völkern, obwohl ihre Vorschläge nicht angenommen wurden. Ursprünglich wurde sie von der Regierungspartei SEMILLA als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt, aber die verbündeten Fraktionen konnten sich nicht auf ihre Nominierung einigen. (Prensa Libre)

Zum Hintergrund

In einer neuen Plenarsitzung, die vom Verfassungsgericht angeordnet wurde, erhielt die einzige von der SEMILLA-Bewegung unterstützte Liste, die vom ehemaligen Direktor der Nationalen Zivilpolizei, Nery Ramos, angeführt wird, die notwendigen Stimmen, um die Legislative zu führen.

Ramos wird Samuel Pérez ablösen, der aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichts nicht an der Spitze des Kongresses der Republik stehen darf und also nicht hätte kandidieren dürfen (s.u.).

Die Abgeordnete Sandra Jovel, die am 14. Januar für das Amt der Kongresspräsidentin kandidiert hatte, trat bei dieser Gelegenheit nicht an, da es zwischen ihrer eigenen Fraktion (VALOR) und den Blöcken, die sie unterstützten, zu Spannungen kam. Das neue Bündnis der Regierungsparteien ist breit gefächert. SEMILLA ist jedoch in der Legislative als Fraktion nicht mehr vertreten, da die Partei auf Antrag der FECI von Rafael Curruchiche und auf Anordnung des Richters Fredy Orellana verboten wurde.

Diese Wahl wurde von einer Gruppe von Bürger*innen ausserhalb des Kongresses der Republik gefeiert. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses wurde getanzt und Pyrotechnik abgebrannt.

Und sonst...

Neben der Wahl des Präsidiums befasste sich das Abgeordnetenplenum mit weiteren Themen. Unter anderem wurde der Ausschluss von José Inés Castillo und Adim Maldonado aus der UNE rückgängig gemacht. Das Ehrentribunal der UNE hatte sie aus der Fraktion ausgeschlossen. Sie bleiben jedoch in der Fraktion, da das Oberste Wahltribunal keinen Eintrag über ihren Ausschluss hat.

Der Abgeordnete Jonathan Menkos wurde von seiner Funktion als Abgeordneter beurlaubt, da er Finanzminister geworden ist. Sein Sitz wird von Olga Villalta eingenommen.

Zuletzt vereidigte der Kongress Julio Héctor Estrada (CABAL) als Abgeordneter. In der vergangenen Legislaturperiode wurde seine Vereidigung als Abgeordneter mit der Begründung abgelehnt, dass sein Mandat widerrufen worden sei. Eine erneute Überprüfung des Dokuments ergab jedoch, dass es immer noch in Kraft sei. (Prensa Comunitaria)

Rückschau: CC beendet die kurze Zeit von Samuel Pérez als Kongresspräsident

Guatemala, 17./18. Januar - Einstimmig haben die Richter*innen des Verfassungsgerichts (CC) die Wiederholung der Wahl des Kongresspräsidiums angeordnet. Die Entscheidung ist darauf zurückzuführen, dass in den letzten Stunden fünf Einsprüche gegen die Wahl vom 14. Januar eingereicht wurden.

Nach Ansicht des Gerichts muss der Kongress daher "auf der Grundlage der Prinzipien der Rechtmässigkeit und des verfassungsmässigen Vorrangs seine Handlungen unverzüglich neu ausrichten und sie an die Normen anpassen, die ihn in Bezug auf die Anforderungen, die die Abgeordneten erfüllen müssen, um in das Kongresspräsidium zu gelangen, regeln". Obwohl der Beschluss des CC die Wahl des von Samuel Pérez geleiteten Präsidiums zurückweist, bestätigt es die Vereidigung des Präsidenten, Bernardo Arévalo und Karin Herrera. Die von dem neuen, nun als verfassungswidrig zustande gekommen erklärten Präsidium vorgenommene Amtseinführung des Präsidenten und der Vizepräsidentin wird damit rechtlich nicht beanstandet und bleibt bestehen.

Laut dem CC ist es sein oberstes Ziel, die Rechtsstaatlichkeit zu bewahren, nachdem er während der letzten Wahlen eine Reihe von Beschlüssen gefasst hat.

"Um den Grundsatz der Veränderbarkeit zu gewährleisten, hat das Gericht fünf Einsprüche gegen den Kongress und sein am 14. Januar gewähltes Präsidium analysiert. Sein Urteil bezieht sich auf Bestimmungen über die Rechte von Abgeordnete, die als unabhängig erklärt wurden." Die Richter*innen sehen diese Bestimmungen in diesem Fall nicht als erfüllt an. Das Zustandekommen des neuen Präsidiums sehen sie als unrechtmässig an, weil Samuel Pérez als formal unabhängiger Abgeordneter nicht hätte gewählt werden dürfen. Anders beurteilen sie die Rechtmässigkeit von deren

Amtsausübung, etwa das Amtseinführungsschreiben an Arévalo und Herrera zu übergeben. Letzteres wurde von dem CC nicht beanstandet [*die Logik dahinter mögen die Jurist*innen verstehen, d.Red.*]

Streit um die Präsidentschaftswahl

Das von der VAMOS geführte Bündnis schlug Jovel als Präsidentin vor, erhielt jedoch nur 75 Stimmen. Die von Samuel Pérez angeführte Liste erhielt dagegen die Unterstützung von 92 von 160 Abgeordneten.

Die Abgeordnete von SEMILLA, Andrea Villagrán, erklärte, man sei zuversichtlich, dass das, was man getan habe, im Einklang mit dem Gesetz stehe, aber man hoffe auf eine Benachrichtigung und darauf, dass die Wahl des Vorstandes wiederholt werde, da man die Stimmen und die Unterstützung habe.

Der Streit um den Vorsitz des Kongresses ist darauf zurückzuführen, dass in der vorangegangenen Legislaturperiode die Abgeordneten der SEMILLA für unabhängig erklärt wurden und zwei Mitglieder der UNE ausgeschlossen sowie der Abgeordnete Julio Héctor Estrada von CABAL vereidigt wurde.

Die eingereichten Einsprüche gegen die Wahl des Präsidiums vom 14. Januar stammten von dem Rechtsanwalt Macrino de Jesús Zúñiga, von Sandra Jovel, Abgeordnete von VALOR, von der rechtsextremen Stiftung gegen Terrorismus, von der ebenso rechtsextremen Liga ProPatria sowie von den VAMOS-Abgeordneten Allan Rodríguez, Greicy Domenica De León, Carlos Roberto Calderón Gálvez, Héctor Adolfo Aldana Reyes und Víctor Alfredo Valenzuela Argueta.

Reaktion von Samuel Pérez

Die Suspendierung des Kongresspräsidiums durch das Verfassungsgericht (CC) hat die für Donnerstag, den 18. Januar, angesetzte Plenarsitzung unterbrochen. Der gewählte Vorsitzende des Präsidiums, Samuel Pérez, traf sich mit seinen Mitarbeiter*innen und anderen Abgeordneten, um die verfassungsrechtliche Entscheidung zu diskutieren.

Der Kongress wurde am Donnerstagmorgen um 2.30 Uhr davon in Kenntnis gesetzt, dass die Wahl auf Antrag der Abgeordneten, die nicht den Vorsitz dieses Staatsorgans gewonnen haben, und anderer Organisationen wiederholt werden soll. Pérez wies darauf hin, dass man dabei sei, die Resolution zu analysieren und dass verschiedene Szenarien ausgearbeitet würden, um Vorschläge zu unterbreiten und zu veröffentlichen. "Ich kann nicht wirklich etwas sagen, weil wir noch keine Vereinbarungen getroffen haben. Ich sage Ihnen das in aller Transparenz", antwortete Pérez auf die Frage, ob es eine neue Liste mit neuen Abgeordneten geben wird. Obwohl Pérez nicht darauf antwortete, ob er einen Antrag auf Verlängerung der Amtszeit beim CC stellen werden, teilten andere Abgeordnete mit, dass dies vorgeschlagen werde.

Aussetzung beibehalten

Der Streit um den Status der SEMILLA-Fraktion führte dazu, dass der Kongress in der vorherigen Legislaturperiode die SEMILLA-Mitglieder für unabhängig erklärte (also ihren Fraktionsstatus entzog). Diese Situation wurde vom CC in seiner Entschliessung bestätigt. Jurist*innen sind der Meinung, dass es sich um eine politische Frage handelt, aber dass die einzige Instanz, die solche Entscheidungen treffen kann, das Oberste Wahlgericht (TSE) sei. Bis dato sei es das Bürger*innenregister (RC) gewesen, das eine Entscheidung getroffen habe, indem es sich an den Beschluss des Strafrichters, Fredy Orellana, gehalten habe, der am 12. Juli 2023 die vorläufige Aufhebung des Rechtsstatus der politischen Partei SEMILLA erklärt habe. Wie SEMILLA, sind auch die beiden Abgeordneten der Unidad Nacional de la Esperanza (UNE), die von der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Sandra Torres aus der Fraktion ausgeschlossen wurden, der Ansicht, dass dieses Verfahren nicht angemessen sei, da sie nicht vom Ehrengericht der Partei angehört wurden, das über ihre Trennung entscheiden sollte. [*Wie oben angeführt, hat der neue Kongress diesen Beschluss rückgängig gemacht. d.Red.*] (La Hora)

Arévalo besucht das Büro des indigenen Bürgermeisters in Sololá

Guatemala, 23. Januar - Bei seinem ersten Besuch in Sololá unterzeichnete Präsident Bernardo Arévalo einen "Gesundheitspakt" mit Gesundheitsbehörden, Vertreter*innen indigener Völker und Hebammen, um den Zugang der indigenen Bevölkerung zu einer kulturell angepassten, aber relevanten Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Er traf sich mit den Behörden des indigenen Bürgermeisteramtes von Sololá, wo er mit Freude und einer besonderen Bitte an die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras empfangen wurde.

Dies ist der erste Besuch des Präsidenten in einem Departement seit seinem Amtsantritt am 14. Januar, nachdem der Weg zur Präsidentschaft aufgrund von Angriffen auf das Wahlverfahren der Staatsanwaltschaft (MP) holprig war. In diesem Departement gab er auch den Startschuss für seinen Wahlkampf für die zweite Runde der Wahlen.

Arévalos erste Station war ein Hotel in Panajachel, wo er mit den Gesundheitsbehörden des Departements, Hebammen und dem Gesundheitsminister Óscar Córdón den Gesundheitspakt unterzeichnete, eine Verpflichtung, die darauf abzielt, zwei Gesundheitssysteme, das traditionelle und das institutionelle, zu vereinen und anzuerkennen.

"Wir haben Behörden erlebt, die unserer Arbeit gegenüber offen sind, und Behörden, die nicht offen sind. Deshalb haben wir manchmal Erfolge bei der Verbesserung des Gesundheitswesens erzielt, aber wenn es keine Offenheit gibt, sind die Erfolge gering. Deshalb begrüßen wir den Besuch des Präsidenten in Sololá", sagte Paulina Culum, die dem Netzwerk der Gesundheitsverteidiger der Gemeinden angehört.

Magdalena Cholotío von der Nationalen Bewegung der Grossmütter und Hebammen Nim Alaxik sagte, sie sei stolz, dass der Pakt in Sololá "gepflanzt" worden sei. "Die Herausforderung gilt nicht nur für die Regierung, für das Gesundheitsministerium, sondern für uns alle. Wir müssen wachsam sein und werden weiterhin für die Würde, die Anerkennung und die Koordinierung der Arbeit kämpfen", sagte sie.

Gesundheitsminister Óscar Córdón betonte seinerseits die Bedeutung der Verbindung zwischen dem traditionellen Gesundheitssystem und dem institutionellen System: "Das ultimative Ziel ist es, den Patient*innen eine Antwort geben zu können, die Patient*innen sind in sich ganzheitlich, die Medizin ist in sich ganzheitlich. Wir nutzen diese beiden Systeme, um den Patient*innen ein Gefühl des Wohlbefindens zu geben", sagte er.

Neugestaltung der Gesundheitsdienste im Dienste der Gemeinden

In seiner Rede sagte Präsident Arévalo, dass die Gesundheitsbehörden und die Gesundheitsarbeiter*innen der Gemeinden ein landesweites Beispiel für einen Prozess abgeben, der die Beziehungen zwischen dem Gesundheitsministerium und den Gemeinden im ganzen Land verändern werde, um historische Versäumnisse, Diskriminierung und Ausgrenzung zu korrigieren.

Arévalo bezeichnete die Unterzeichnung des Paktes als den Beginn eines entscheidenden Prozesses der sozialen Teilhabe, der Hand in Hand mit der indigenen Bevölkerung durchgeführt werden sollte, um den Grundstein für den sozialen Aufbau des Gesundheitswesens zu legen, in dem Regierungsbehörden und Gemeinden zusammenarbeiten.

In den Dialogen während des Übergangs wurde die Notwendigkeit erkannt, die Medizin der indigenen Völker und die westliche Medizin zu integrieren. Ein Ansatz der Komplementarität, der darauf abziele, den Erfahrungsschatz der indigenen Bevölkerung zu nutzen und Gesundheitsinitiativen und -massnahmen zu bereichern, sagte der Präsident.

"Ich erkenne an, dass es dort, wo der Staat abwesend war, seit Jahrhunderten traditionelle Therapeuten und Hebammen gab, die sich um die Gesundheit der Gemeinschaften kümmerten", fuhr er fort. "Wir alle müssen uns an den Präventionsmassnahmen beteiligen, um sicherzustellen, dass jede*r von uns Zugang zu präventiven und kurativen Gesundheitsdiensten hat. Es ist wichtig, diese Dienste so umzugestalten, dass sie an die Vielfalt der Gemeinschaften, Familien und Menschen angepasst sind, die sie in Anspruch nehmen und von diesen profitieren", sagte er.

Nach Ansicht von Präsident Arévalo brauche das Land mehr Infrastruktur, mehr Personal, aber auch mehr Respekt und mehr Bewusstsein und Verständnis für die Nutzer*innen des Gesundheitssystems. Das bedeute, dass ihr Umfeld, ihre Sprache, ihre Kultur und ihre Art, die Welt zu verstehen, berücksichtigt werden müssen.

Sololá fordert weiterhin den Rücktritt von Consuelo Porras und anderen Staatsanwält*innen

Im Rahmen seiner Reise besuchte der Präsident auch die indigene Gemeindeverwaltung von Sololá, eine jener Gemeindeverwaltungen, die seit dem 2. Oktober auf die Strasse gegangen waren, um den Wahlprozess und die Ergebnisse der Stimmabgabe der guatemaltekischen Bevölkerung zu verteidigen. Gekleidet in eine Jacke des indigenen Verwaltungsamtes, wurde Arévalo mit Jubelschreien und einem herzlichen Empfang begrüsst.

Der indigene Bürgermeister Simión Palax verlas ihm eine Petition der Gemeinden von Sololá, in der er gebeten wird, zu vermitteln, damit die für diese Gemeinde bestimmten Projekte umgesetzt werden können, und das Abkommen über die Schulrankenversicherung aufzuheben, das während der Regierung von Alejandro Giammattei eingeführt wurde. "Es ist ein Vorwand, um Gelder umzuleiten", sagten sie. "Wenn ich die 70 Bürgermeister*innen der Gemeinden nach dem Nutzen frage, bekomme ich zur Antwort, dass kein einziges Kind davon profitiert hat", sagte Palax.

Nach 105 Tagen Demonstration vor der Staatsanwaltschaft (MP) fordern die Gemeinden von Sololá weiterhin den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras und des Leiters der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche. "Das war das Ziel unseres Kampfes, aber wir sind zuversichtlich, dass Sie es tun werden (deren Rücktritt einfordern), weil Sie die richtige Person für diese Aufgabe sind und die Stimme des Volkes haben", sagte Palax, der seine Zufriedenheit über die erste Massnahme des Präsidenten zum Ausdruck brachte. Gemeint ist die Verfügung, die die Sicherheitsmassnahmen für ex-Präsident Giammattei aufhob.

Sie forderten auch, dass der Bau des Krankenhauses von Sololá den erforderlichen Standards entspricht.

"Ich nehme die vom Bürgermeister aufgeworfenen Fragen zur Kenntnis. Und glauben Sie mir, wir werden uns die Sache sehr genau ansehen. Die Zeit, in der die Menschen nicht mit Respekt behandelt wurden, ist vorbei. Öffentliche Einrichtungen stehen im Dienst der Menschen, sie müssen auf die Menschen eingehen, sie müssen effizient und respektvoll sein", fügte er hinzu.

Der Präsident kündigte an, dass der Prozess, der in Sololá stattgefunden habe, in anderen Gemeinden und Städten des Landes wiederholt werden sollte. "Ich bin dankbar für die Anstrengungen, die Sie unternommen haben, damit wir Guatemalte*innen heute am Aufbau einer echten Demokratie teilnehmen und die korrupten und kriminellen Regime hinter uns lassen können, die nur davon lebten, dem Volk Geld zu stehlen", sagte er.

Während seines Aufenthalts in Sololá besuchte Arévalo auch die Behörde für die nachhaltige Bewirtschaftung des Atitlán-Sees.

Er gab auch eine Pressekonferenz, um verschiedene Themen anzusprechen, darunter das von ihm für Mittwoch, den 24. Januar, beantragte Treffen mit der Generalstaatsanwältin, damit sie ihn über Angelegenheiten von Interesse für das Land informieren kann. "Ich denke, sie wird kommen", sagte er, aber bis Dienstagnachmittag hatte die Leiterin der MP ihre Teilnahme noch nicht bestätigt. (Prensa Comunitaria)

TSE erklärt die MLP für aufgelöst; ihre Logos dürfen 10 Jahre lang nicht verwendet werden

Guatemala, 22. Januar - Das Oberste Wahlgericht (TSE) hat am Montag, den 22. Januar, die Annullierung mehrerer politischer Parteien, darunter die Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP), offiziell bekannt gegeben, da sie die in Artikel 93, Absatz "B" des Gesetzes über Wahlen und politische Parteien festgelegten Kriterien nicht erfüllt haben. Die Annullierung der beiden Parteien wurde durch eine Veröffentlichung in der Tageszeitung für Zentralamerikabekannt gegeben. Am 8. Januar hatte das TSE die Auflösung von elf politischen Parteien bestätigt, darunter die MLP.

Die MLP, die bei den Wahlen 2019 zunächst überrascht hatte, fand sich bei den Wahlen 2023 ohne nennenswerte Unterstützung wieder. Obwohl die MLP keine*n Präsidentschaftskandidat*in aufstellen durfte, präsentierte sie ein Angebot von Abgeordneten, das die Wähler letztlich nicht überzeugen konnte, was einen Rückgang ihres politischen Einflusses bedeutete. Die Teilnahme der MLP wurde durch einen Beschluss des Bürgerregisters beeinträchtigt, der vor den Wahlen gefasst wurde und in dem der Antrag, Thelma Cabrera und Jordán Rodas als Kandidat*innen für die Präsidentschaft des Landes zu registrieren, für "unangemessen" erklärt wurde. (Prensa Libre)

Drogenhändler zu 808 Jahren Gefängnis wegen Beteiligung an einem Massaker verurteilt

Guatemala, 22. Januar - Ein Gericht hat am Montag einen mutmasslichen guatemalteckischen Drogenhändler wegen der Ermordung von 15 Nicaraguaner*innen und einem Niederländer im Jahr 2008 zu 808 Jahren Gefängnis verurteilt, so eine Justizquelle. Das Hochsicherheitsgericht "A" verurteilte Rigoberto Danilo Morales für seine Beteiligung am Tod der Ausländer*innen, für deren Massaker der mutmassliche Drogenboss Marvin Montiel Marín, alias "El Taquero", im Jahr 2016 zu einer ähnlichen Strafe verurteilt worden war.

Dem Gerichtsurteil zufolge wurde Morales zu 800 Jahren für die Ermordung der Ausländer*innen (50 Jahre für jedes Opfer) und weiteren acht Jahren für die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Der 37-jährige Morales wurde im April 2022 gefasst, nachdem er 13 Jahre lang auf der Flucht war. Der Prozess begann im September 2023. Laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft ereignete sich das Massaker am 8. November 2008, als eine Gruppe mutmasslicher Drogenhändler*innen einen aus Nicaragua kommenden Bus im südlichen Departement Santa Rosa abfing, in dem sie "Drogen vermuteten" und in dem die Ausländer*innen transportiert wurden.

Das Fahrzeug wurde in das Departement Zacapa umgeleitet, wo die Kriminellen, die keine Drogen fanden, "beschlossen, die 16 Passagiere zu töten. Deren Leichen wurden auf einer Farm (...), die Montiel gehört, verbrannt", so die Staatsanwaltschaft. Acht weitere Personen wurden ebenfalls angeklagt, darunter Montiel und seine Frau Sara Cruz. Letztere wurde zu sechs Jahren Haft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6